

Antrag G03: Erhöhung Mindestsicherung

Antragsteller*in:

BAG Sanktionsfreie Mindestsicherung

Der Parteitag möge beschließen:

- 1 **Erhöhung Mindestsicherung**
- 2 Liebe Genoss:innen,
- 3 der Bundessprecher:innenrat der BAG Sanktionsfreie Mindestsicherung (früher „Weg mit
- 4 Hartz 4“) beantragt, die Forderung der Partei Die Linke für eine Sanktionsfreie
- 5 Mindestsicherung von ehemals 1.200 bzw. 1.250 Euro monatlich auf nun 1.400 Euro
- 6 zuzüglich eines Zuschusses zur Miete in Ballungsräumen zu erhöhen.

Begründung

Von jeher war es unser politischer Wille, dass die von uns geforderte sanktionsfreie Mindestsicherung armutsfest sein muss. Eine Mindestsicherung unterhalb der Armutsgefährdungsgrenze ist mit der Menschenwürde unvereinbar.

Das politische Ziel, dass niemand in Armut leben muss, ist jedoch mit einer Mindestsicherung in Höhe von 1.200 Euro – wie bislang von uns beschlossen – nicht mehr zu erreichen.

2023 lag die Armutsgefährdungsschwelle laut Statistischem Bundesamt bei 1.313,75 Euro. Zum 1. Juli 2024 wurde der Pfändungsfreibetrag für Alleinstehende auf 1.491,75 Euro erhöht.

In den vergangenen Jahren litten Menschen mit geringem Einkommen sehr unter hohen Inflationsraten: beispielsweise lag die Inflationsrate im Oktober 2022 bei 10,4 Prozent, und auch im Juli 2024 wird sie noch mit 2,3 Prozent angegeben. Beziehende von Bürgergeld, Rentner*innen, Geringverdiener*innen und Familien mit mehreren Kindern trifft die Inflation besonders, weil Lebensmittel und Energie sich stärker verteuert haben, als viele langlebige Gebrauchsgüter. Nahrungsmittel kosten heute ca. 30 Prozent mehr als vor drei Jahren.

Unsere Forderung einer sanktionsfreien Mindestsicherung soll für Menschen mit geringem Einkommen, insbesondere für Erwerbslose, ein Zeichen der Hoffnung sein. Als einzige parlamentarisch relevante Partei in Deutschland wollen wir Armut ächten und Würde für Jede und Jeden herstellen. Eine Mindestsicherung unterhalb der Armutsgefährdungsschwelle vermag das nicht zu leisten.